

Musk und Sanders gegen Trumps Steuerplan: Schuldenkrise droht!

Trumps Schuldenobergrenze und Ausgabenkürzungen: Widerstand im Senat. Einigung zwischen Biden und McCarthy vor drohendem Zahlungsausfall.



Washington, USA - Am 3. Juni 2025 ist die politische Lage in den USA von einem intensiven Streit über die Schuldenobergrenze geprägt. Ein kürzlich verabschiedeter Gesetzesentwurf von Präsident Donald Trump, auch als „großes schönes Gesetz“ bekannt, hat im Repräsentantenhaus eine knappe Mehrheit erzielt. Allerdings steht das Vorhaben im Senat auf der Kippe, da mehrere Republikaner Widerstand gegen die geplante Anhebung der Schulden-Obergrenze und die damit verbundenen Ausgabenkürzungen leisten. Das Weiße Haus zeigt sich unbeeindruckt von den kritischen Stimmen, wie die Pressesprecherin Karoline Leavitt bestätigte: Trump bleibt fest zu seinem Gesetz.

Im Kontext dieser Entwicklungen äußerte sich der Unternehmer Elon Musk äußerst kritisch zu den steuerlichen Aspekten des Gesetzes. Er nannte das Steuergesetz eine „widerliche Abscheulichkeit“ und stellte die Auswirkungen auf Bedürftige in Frage. Bernie Sanders unterstützte Musk in seiner kritischen Haltung und wies darauf hin, dass während die reichsten Amerikaner von 664 Millionen Dollar an Steuererleichterungen profitierten, gleichzeitig 290 Millionen Dollar für die Essensversorgung von Bedürftigen gestrichen werden sollen.

Konflikte im Kongress

Inmitten dieser Debatten haben sich US-Präsident Joe Biden und der Oppositionsführer Kevin McCarthy auf eine Einigung zur Anhebung der Schuldenobergrenze verständigt, um einen drohenden Zahlungsausfall zu vermeiden. Biden forderte beide Kammern des Kongresses auf, diese Vereinbarung zügig zu verabschieden. Der endgültige Gesetzestext soll in den nächsten Tagen fertiggestellt werden, wobei noch viele Details unklar sind. McCarthy kündigte an, dass eine Abstimmung im Repräsentantenhaus am Mittwoch stattfinden soll.

Die Einigung ist als bedeutender Schritt zur Senkung der Staatsausgaben und zum Schutz wichtiger Sozialprogramme für die arbeitende Bevölkerung beschrieben worden. Allerdings warnte Finanzministerin Janet Yellen vor den wirtschaftlichen Konsequenzen einer Zahlungsunfähigkeit, die ohne Einigung ab dem 5. Juni eintreten könnte. Das gesetzlich festgelegte Schuldenlimit von 31,4 Billionen Dollar wurde bereits im Januar überschritten und seither hat die Regierung außergewöhnliche Maßnahmen ergriffen, um eine Zahlungsunfähigkeit zu verhindern.

Reaktionen auf den Gesetzesentwurf

Trotz der Einigung auf eine Anhebung der Schuldenobergrenze gibt es innerhalb der beiden großen Parteien Widerstände, die die Mehrheiten im Kongress bedrohen könnten. Der Druck,

sowohl Einsparungen im sozialen Bereich zu erzielen als auch im Bereich der „Steuerschlupflöcher“ Veränderungen herbeizuführen, hält die Verhandlungen auf einem spannenden Kurs. Musk, der in den vergangenen Jahren mehr als 250 Millionen Dollar für Trumps Wahlkampf gespendet hat und gelegentlich als Vertrauter des Präsidenten galt, hat in den letzten Monaten jedoch Anzeichen eines geschwächten Einflusses im Trumps Umfeld gezeigt.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Situation weiterentwickeln wird und ob die Einigung im Kongress Bestand haben wird. Die politische Landschaft in den USA bleibt angespannt, während sowohl Trump als auch Biden ihre jeweiligen Pläne durchzusetzen versuchen.

Mehr Informationen finden Sie in den Berichten von [krone.at](https://www.krone.at) und [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de).

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Washington, USA
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.krone.at• www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)